

Peter Fischer  
Hofwiesenstrasse 3  
8305 Dietlikon

KR-Nr. 351/2018

An die  
Geschäftsleitung des  
Kantonsrates  
8090 Zürich

## **Einzelinitiative**

Betreffend «Schluss mit Wachstum Wachstum Wachstum – ständige Kommission in der Bundesversammlung, die sich mit den Zukunftsperspektiven für eine Zeit nach dem Wachstum befasst»

### Antrag:

Der Kanton Zürich schlägt mittels Einreichung einer Standesinitiative (Art. 160 Abs. 1 BV) vor, im Sinne von Art. 42ff Parlamentsgesetz (ParlG, SR 171.10) eine neue ständige Sachbereichskommission in der Bundesversammlung einzurichten, die sich mit den Zukunftsperspektiven für eine Zeit nach dem Wachstum befasst (Post-Growth-Futures). Diese ständige Kommission soll aktiv über die Zukunft des Wachstums diskutieren, politische Alternativen für Zukunftsperspektiven nach dem Wachstum entwickeln und das Streben nach Wachstum als übergeordnetes politisches Ziel überdenken.

### Begründung:

- In den vergangenen sieben Jahrzehnten war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der europäischen Staaten. Während aber unsere Volkswirtschaften gewachsen sind, haben auch die negativen Auswirkungen unseres Wirtschaftens auf die Umwelt weiter zugenommen. Wir überschreiten bereits die ökologischen Grenzen, die der Menschheit einen sicheren Handlungsraum auf diesem Planeten geben. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Wirtschaftstätigkeit auch nur annähernd so weit von Ressourcenverbrauch oder Umweltverschmutzung entkoppelt, wie es tatsächlich notwendig wäre.
- Zudem wird es immer schwieriger, überhaupt Wachstum zu erzeugen – weil die Produktivitätszuwächse abnehmen, die Märkte gesättigt sind und die Umwelt geschädigt ist. Wenn sich diese Trends fortsetzen, könnte es absehbar innerhalb des kommenden Jahrzehnts in Europa überhaupt kein Wachstum mehr geben. In dem Versuch, das Wachstum doch noch anzukurbeln, werden momentan mehr Schulden gemacht.
- Ständige Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz bzw. den Kanton Zürich, für welche seitens der Zivilgesellschaft kein überwiegendes Bedürfnis besteht, welche aber die hiesige Infrastruktur in Anspruch nehmen. Gestützt auf Art. 121a BV soll die Zuwanderung eigenständig gesteuert werden.

Fazit: Perspektiven für mehr Lebensqualität.

Diese Einzelinitiative basiert auf einem offenen Brief [1], der von mehr als 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – unter ihnen renommierte Ökonominen und Ökonomen – unterzeichnet und in der Zeit Online vom 17. September 2018 publiziert wurde.

[1] <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/postwachstumsoekonomie-wirtschaftswachstum-ressourcen-eu-lebensqualiteat-offener-brief/komplettansicht>

Dietlikon, 5. November 2018

Mit freundlichen Grüßen

Peter Fischer